

**AK Grundlagen: Protokoll des Treffens am 22. Mai 2013 zum Thema  
„Grundüberzeugungen“ (ohne vorausgehendes Referat)**

Protokoll: Jochen

Warum dieses Thema? Bevor wir mit bestimmten konkreten Themen auf Menschen zugehen (mit Flyern etc.), sollten wir wissen, welche Grundüberzeugungen uns begegnen können. Solche oft wenig reflektierten Grundüberzeugungen liegen tiefer als die Meinungen über bestimmte politische Fragen und konkrete Probleme. Sie sind eine Art „Bewusstseinsbasis“, von der aus konkrete Problemstellungen beurteilt und angegangen werden. Wenn wir die Grundüberzeugungen unserer Gesprächspartner unverstanden übergehen, laufen wir Gefahr, nicht verstanden und abgelehnt zu werden, bevor man/frau überhaupt unsere Forderungen und Argumente zur Kenntnis nimmt und sich näher mit ihnen auseinandersetzt.

Gibt es Brücken zwischen den verbreiteten (oft neoliberalen) Grundüberzeugungen und unseren Attac-Positionen? Wo kann eingehakt werden, um fragwürdige Grundüberzeugungen zum Wackeln zu bringen und den Gesprächspartner mit unseren Fragen und Antworten vielleicht zu beeindrucken?

Es wurde kein Referat gehalten, sondern wir stiegen ins Thema ein, indem die Teilnehmer/innen Grundüberzeugungen nannten, von denen vermutet werden kann, dass sie weit verbreitet sind.

Folgende Grundüberzeugungen kamen zur Sprache und wurden in der Diskussion näher beleuchtet - mit Kommentaren und Ansatzpunkten, wo und wie eingehakt werden kann:

- Wirtschaftswachstum ist notwendig

Kommentar: hier wird nicht zwischen quantitativem und qualitativem Wachstum unterschieden. Man orientiert sich an Zeiten des allgemeinen Wachstums (stetige Erhöhung des BIP) nach dem Weltkrieg, als es allen Bürgern (trotz großer Wohlstands-Unterschiede) immer besser ging und die Frage der Verteilung des Reichtums daher keine Rolle spielte. Die Behauptung vom notwendigen Wachstum ist auch ein Dogma der Wirtschaftswissenschaften, das nachgebetet wird.

Ansatzpunkt: Wachstum um seiner selbst willen? Wachstum wozu und mit welchen Folgen? Verteilungsgerechtigkeit thematisieren. Seit zwanzig Jahren steigen die Einkommen der unteren und mittleren Einkommensgruppen trotz BIP-Wachstum nicht mehr, sondern sie tragen eher weniger Geld nach Hause, während die zehn Prozent der Reichen (vor allem die 1% Superreichen) das gesamte Wachstum für sich abgeschöpft haben. Auch die „Grenzen des Wachstums“ aus ökologischer Sicht thematisieren: die fossilen Energiequellen sind erstens begrenzt und zweitens verursacht ihr Verbrennen (CO<sub>2</sub>) den Klimawandel. Steigende Umweltbelastung ist die Folge des ungezügelter Verbrauches auch der anderen Umweltgüter (Luft, Wasser, Boden, Artenvielfalt).

Was das wirtschaftswissenschaftliche Dogma betrifft, so genügt es darauf hinzuweisen, dass diese Aussage nie bewiesen wurde, sondern von den Mächtigen dieser Welt immer wieder behauptet wird, weil der Glaube an die Notwendigkeit permanenten Wachstums in ihrem Interesse liegt. Denn bei Wachstum kann sich Wirtschaft und Politik herumdrücken um die (sonst zwingende Frage) nach gerechten Regeln der Umverteilung (da der sog. Trickle-Down-Effekt nicht mehr funktioniert).

- Der Staat sollte sich möglichst zurückziehen, die Gesellschaft wird durch private Einzelentscheidungen geführt. Der Staat kann nicht mit Geld umgehen.

Kommentar: Die tatsächlich schwierige Balance zwischen der Verantwortung des Individuums und der der Gemeinschaft wird hier sehr einseitig gesehen – oft von Menschen, die denken, selbst gut ohne staatliche Hilfe zurechtgekommen zu sein, die wirtschaftlich erfolgreich sind und meinen, das sei allein ihrer eigenen Leistungsbereitschaft zuzuschreiben.

Zu unterscheiden ist der Staat bzw. die öffentliche Hand als Unternehmerin (Beamte als Betreiber z.B. von Post und Bahn), die öffentliche Hand nur als Eigentümer (Unternehmen wie z.B. Lufthansa oder kommunale Stadtwerke werden nach den Regeln eines freien Unternehmens betrieben), die öffentliche Hand als Auftraggeber (Unternehmen beteiligen sich an Ausschreibungen, Werkverträge) und der Staat als Gesetzgeber (dem betriebswirtschaftlichen Entscheidungen werden Regeln vorgegeben, an die sie sich zu halten haben).

Ansatzpunkt: Der Staat ist in erster Linie aufgerufen, durch Gesetze der privaten Wirtschaft sinnvolle Regeln vorzugeben. Der Staat bzw. Kommunen sind nur in Ausnahmefällen als Unternehmer gefragt, vor allem dann, wenn es um Gemeinschaftsgüter mit Monopolcharakter geht (z.B. Wasserversorgung). Und wenn eine staatliche Pflicht zu hochwertiger Versorgung der gesamten Bevölkerung besteht und die Privaten das nicht leisten können (z.B. Teile der Versorgung mit Ausbildungs- und Gesundheitsleistungen).

Wir sollten deutlich machen, für welche Gemeinschaftsgüter der Staat die eingenommenen Steuern sinnvoll ausgibt: Bildung (Kindergärten, Schulen, Uni...), Gesundheit, Altersversorgung, Sicherheit, Fern- und Nahverkehr (Straßen, Bahn...), Kultur etc. Wenn alle diese Leistungen nur privat angeboten würden, dann könnten Geringverdiener sich das kaum leisten und wären unterversorgt. Das würde zu sozialen Spannungen führen – bis hin zu revolutionären Unruhen, vor denen sich die Reichen und Privilegierten fürchten sollten.

- Jede/r ist für sein eigenes Schicksal allein verantwortlich. Wenn er sich auf den Sozialstaat verlässt, dann verliert er seine Eigeninitiative und bemüht sich nicht mehr aus eigener Kraft

Kommentar: Der Sozialstaat wird hier gesehen als eine große Versuchung für Faule, ihn als Hängematte missbrauchen. Nur dem, der „unverschuldet“ (z.B. durch Überschwemmung oder Vulkanausbruch) in Not geraten sei, solle geholfen werden.

Ansatzpunkt: Der Missbrauch des Sozialstaates ist abzulehnen, aber der angeblich massenhafte Missbrauch wird von interessierter Seite hochgespielt, um Sozialabbau zu rechtfertigen. Das Gefühl für soziale Gerechtigkeit ist jedoch weit verbreitet, und hier sollten wir anknüpfen, indem wir auf die fehlende Chancengleichheit hinweisen. Wer Pech mit seinem Elternhaus hatte und in Schule und Elternhaus nicht ausreichend gefördert wurde (anders als die Kinder der Mittelschicht), der hat trotz Bemühen wenig Chancen, im Erwerbsleben erfolgreich zu sein. Der muss für wenig Geld hart arbeiten und bleibt arm sein Leben lang. Die Frühförderung von Kindern aus problematischen Familienverhältnissen ist die erste und beste Sozialpolitik. Auch später ist noch Hilfe möglich. Erfolge hier bringen dem Staat einerseits leistungsfähige Arbeitnehmer und ersparen ihm andererseits viel Geld, das er sonst später für Arbeitslose, Kranke und auch für die Bekämpfung von Kriminalität ausgeben müsste.

- Privates Eigentum ist ein absolutes Recht, keine/r darf Reichtum in Frage stellen. Wenn er das tut, dann zeigt er damit nur seinen Neid.

Kommentar: Hier wird von einem „Naturrecht“ ausgegangen. Gemeint kann aber auch sein, dass Reichtum immer Ergebnis entsprechend großer Leistung des Einzelnen ist. Motto: der kann eben was, was andere nicht so gut können (Unauswechselbarkeit). Beispiel: der hoch begabte und besonders leistungsfähige Spitzenfußballspieler verdient sein Spitzeneinkommen zu Recht.

Ansatzpunkt: Das Eigentumsrecht ist eine politisch gesetzte Regel, mit der die Gesellschaft den Eigentümer schützt. Der Eigentümer müsste daraus eine Bringschuld ableiten.

Privates Eigentum an Produktionsmitteln wird als solches nicht abgelehnt, braucht jedoch Regeln, um der Gemeinschaft nicht zu schaden. Eigentum hat zwei Seiten: einerseits motivierte es zu eigenständigem und schöpferischem Handeln, andererseits kann es zu einer Gefahr für die Demokratie werden, wenn die Akkumulation von Kapital eine zu große (politisch wirksame) Machtfülle erzeugt.

Der Behauptung, jeder „Leistungsträger“ erreiche die Höhe seines Einkommens allein durch Leistung, kann mit dem Hinweis begegnet werden, dass ein Topmanager sicherlich nicht hundert mal mehr leistet als z.B. eine Krankenschwester oder eine Altenpflegerin. Die heute gängige Bewertung von Leistung richtet sich danach, von welcher Leistung man annimmt, dass sie den Gewinn eines Unternehmens am meisten steigert. Aber die Höhe des Gewinns ist kein Maßstab für den gesellschaftlichen Nutzen einer Tätigkeit.

- Respekt vor der so hohen Komplexität des gesellschaftlichen Geschehens mit der Konsequenz: Kein Zutrauen zum eigenen Urteil, Flucht in den Glauben an Experten.

Kommentar: Die politisch diskutierten Themen sind oft sehr komplex und es liegt nahe, den Sachverständigen zu vertrauen. Gleichzeitig machen wir die Erfahrung, dass sich die Urteile der anerkannten Experten widersprechen. Das Misstrauen ist verbreitet, dass die Experten nur bestimmte Partialinteressen vertreten. Weit verbreitet ist Resignation angesichts von Lobbytätigkeit, getarnt als Wissenschaft. Folge: Verunsicherung und Gefühle des Ausgeliefertseins. Die soziale Marktwirtschaft wird oft mit dem Neoliberalismus verwechselt, weil die Unterschiede von interessierter Seite verwischt werden. Viele ökonomische Laien lassen sich von Wirtschaftsexperten allzu leicht bluffen. Die Neoliberalen betreiben gezielt Verwirrung und Desinformation (Beispiel: Stiftung „Neue Soziale Marktwirtschaft“, bezahlt vom Unternehmerverband Gesamtmetall).

Ansatzpunkt: Hinweis auf die große Fehleranfälligkeit der Wirtschaftswissenschaft (Beispiel: Irrtümer und „Tappen im Dunkel“ vor und während der aktuellen Finanzkrise). Es ist auch dem Laien bei einiger Einarbeitung möglich, sich ein Urteil zu bilden. Die Volkswirtschaft ist in ihren Grundzügen leicht zu verstehen. Sobald es komplizierter wird, helfen auch keine Formeln, sondern dann ist die Suche nach plausiblen Argumenten gefragt. Politiker müssen gezwungen werden, ihre Entscheidungen zu begründen, damit die Lücken in den Begründungen, wenn sie bestehen, auch erkannt werden können. Es muss immer deutlich werden, welche wirtschaftspolitischen Entscheidungen welchen gesellschaftlichen Gruppen in welchem Maße nützen und schaden.

Inzwischen haben die kritischen Stimmen gegen das neoliberale Wirtschaften die Mainstream-Medien erreicht. Die Wut gegen die Banken, die sich zu Lasten der

Steuerzahler verzockt haben und gerettet wurden, ist inzwischen so weit verbreitet, dass daran gut angeknüpft werden kann.

- Die Überzeugung: uns geht es doch gut! (z.B. im Vergleich zu den Entwicklungsländern oder den europäischen Südstaaten) Wenn wir etwas ändern, gefährden wir das Erreichte. Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und vor sozialem Abstieg.

Kommentar: Diese Überzeugung ist sehr weit verbreitet im Sinne von „keine Experimente“. Mit der Angst der Beschäftigten vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahrzehnten die Gewerkschaften diszipliniert worden. Die Geringverdiener fürchten, durch höhere Lohnforderungen der Wettbewerbsfähigkeit ihres Arbeitgebers zu schaden oder das Unternehmen zur Verlagerung der Arbeit in Billiglohnländer zu drängen. Die Massenarbeitslosigkeit ist das wirkungsvollste Druckmittel, das sich die Wirtschaft wünschen kann.

Ansatzpunkte: Hinweis darauf, dass der Vergleich mit armen Ländern, deren Industrie deutlich weniger entwickelt ist, dazu dient, die neoliberale Wirtschaftsweise (den nicht regulierten Markt, Freihandel) als Erfolgsmodell hinzustellen. Das ist ein Fehlschluss. Die Armut bestimmter Länder hat vielfältige Gründe. Die entscheidende Rolle, die der technische Fortschritt bei der Erzeugung von Wohlstand zufällt, wird nicht gesehen. Technischer Fortschritt entsteht auch bei einer klug regulierten Marktwirtschaft.

Der Erfolg der Wirtschaft ist nicht an der Höhe des Gewinns Einzelner zu messen, sondern daran, ob die gesamte Bevölkerung davon profitiert. In den vergangenen 20 Jahren hat sich das Einkommen nur einer kleinen Schicht deutlich erhöht.

- Nachhaltigkeit ja – aber nur, wenn ich selber keine Verzicht zu leisten habe.

Kommentar: Die Idee der Nachhaltigkeit beinhaltet langfristiges Denken (genügend natürliche Ressourcen sollen auch noch für die kommenden Generationen verfügbar sein, was heutigen Verzicht auf ihre maximale Nutzung verlangt). Das kurzfristige Denken an den eigenen Vor- oder Nachteil dominiert das Denken in der Politik und in den einzelnen Köpfen. Motto: „Nach mir die Sintflut“.

Ansatzpunkte: Der Zusammenhang von Verzicht auf maximalen Ressourcenverbrauch einerseits und Verteilung des Wohlstands andererseits sollte hervorgehoben werden. Wir können nicht asiatischen und afrikanischen Ländern einen Wohlstand vorenthalten wollen, den wir selber genießen. Es geht um die Frage, was wir unter einem guten Leben verstehen. Insofern müssen wir bei uns selber anfangen, bevor wir Forderungen an andere stellen.

- „Die da oben stecken doch alle unter einer Decke“. Politiker, Unternehmer und Medien bilden ein Machtkartell gegen das Volk.

Kommentar: Diese Denke ist sehr weit verbreitet – im politischen Spektrum von ganz rechts bis ganz links. Sie hat einen wahren Kern, denn es ist unbestreitbar, dass es besonders mächtige Interessengruppen gibt, die Politik in hohem Maße beeinflussen können. In ihrer Zuspitzung kann diese Denke eine für die Demokratie gefährliche Wirkung haben. Denn sie ist erstens Ausdruck einer Resignation, die den Glauben an den fundamental wichtigen Satz „In der Demokratie ist der Souverän das Volk“ verloren hat, und zweitens leistet sie einer Verschwörungstheorie Vorschub, die „finstere Mächte“ am Werke sieht, weil wichtige politische Entscheidungen der eigenen Denkrichtung entgegenlaufen. Hier geht es um das Verständnis von Demokratie. Wie kann es funktionieren, dass Millionen Einzelmeinungen unter einen

Hut gebracht werden, wenn vom Parlament Entscheidungen zu fällen sind – Gesetze, an die alle gebunden sind? Warum läuft so vieles schief? Das Volk scheint noch nicht souverän zu sein. Es ist getrieben von Angst, Unsicherheit, Ohnmacht und Unwissen. Was ist „der Wille des Volkes“?

Ansatzpunkte: Die Meinungsbildung in einer Demokratie ist ein schwer durchschaubarer Prozess. Viele Gruppen in der Gesellschaft versuchen, wenn sie von einem Gesetzesvorhaben betroffen sind, Einfluss auf die Politik zu nehmen – Lobbytätigkeit meist im Sinne von Partialinteressen (z.B. Autoindustrie, Landwirtschaft...), oft auch im Sinne von Gemeinschaftsinteressen (z.B. BUND, ATTAC...). Übrigens argumentieren auch die Vertreter der Partialinteressen, ihr Anliegen diene (auch) dem Allgemeinwohl (z.B. Erhaltung von Arbeitsplätzen, Wohlstand für alle). Gelegentlich wird auch „Direkte Demokratie“ praktiziert: Demonstrationen, Unterschriftenkampagnen, Bürgerbegehren, Volksabstimmungen.

Der politisch interessierte Mensch, der dem politischen Mainstream kritisch gegenübersteht, ist ständig frustriert darüber, dass die regierenden Politiker (angeblich) falsch, zu kurzfristig, zu opportunistisch, zu abhängig von bestimmten Interessengruppen entscheiden. Aber er sollte sich dessen bewusst sein, dass er mit seiner Sichtweise nicht notwendigerweise die Interessen der Mehrheit repräsentiert, auch wenn er selbst davon überzeugt ist. „Nicht notwendigerweise“ bedeutet: er muss sich ständig selbst überprüfen und nach guten Gründen (treffenden Argumenten) für seine Position suchen. Und er sollte sich in der Diskussion den Argumenten derer stellen, die andere Sichtweisen vertreten. Denn es ist schon ein großer Vorteil, dass überhaupt über „die richtige Politik“ (über Ziele und Wege dorthin) gesprochen und gestritten wird. Das Hauptproblem liegt eher im Desinteresse der großen Mehrheit, die sich allein um ihre privaten Dinge kümmert und keine Gedanken an das Gemeinwohl „verschwenden“ will (aber zum Meckern immer gern bereit ist).